

Alberto Acosta

Ecuador in Zeiten des Coronavirus

Ecuador, ein kleines Land am Gebirgszug der Anden, steht vor einer gewaltigen Herausforderung: Eine globale Gesundheitspandemie und Rezession unbekanntes Ausmaßes treffen das Land unter den denkbar schlechtesten Voraussetzungen. Dies ist ebenso ein menschliches Drama wie der Volksaufstand vom letzten Oktober, der um die Welt ging.

Die von der Regierung von Präsident Lenín Moreno verantwortungslos gekürzten Investitionen in die öffentliche Gesundheit waren schwerwiegend. Sie gingen von 241 Millionen US-Dollar im Jahr 2017 auf 175 Millionen im Jahr 2018 und 110 Millionen US-Dollar im Jahr 2019 zurück. Medizinisches Personal wurde 2019 massiv entlassen. Diese im Rahmen der Sparvorgaben des IWF umgesetzten Kürzungen wirken sich heute schwerwiegend auf das Gesundheitssystem Ecuadors aus.

Das Problem ist jedoch komplexer. Obwohl das Gesundheitswesen bis 2017 modernisiert und erweitert wurde, gibt es viele Probleme. Hervorzuheben ist die klinikzentrierte Logik eines kurativen Gesundheitssystems, das mehr und mehr wirtschaftliche Ressourcen beansprucht. Das enorme Potenzial der Gesundheitsvorsorge wurde hingegen genauso ausgeblendet wie das kulturelle Vorwissen, vor allem der indigenen Bevölkerungsgruppen.

Zugleich wurde während der Regierungszeit von Rafael Correa erlaubt, dass sich durch stille Privatisierungen die Taschen eines industriell-medizinischen Komplexes deutlich mit Kapital füllten. Gesundheit wurde zur Ware.

Quarantäne als Klassenprivileg

Die Entscheidung, eine Ausgangssperre anzuordnen, um die Ausbreitung der Pandemie zu verlangsamen, ist vernünftig. Bleib zu Hause: ja! Aber die Frage ist: Wer kann zu Hause bleiben und überleben? Das ist für die strukturell ungeschützten Gruppen, die keinen angemessenen Wohnraum, kein stabiles Einkommen oder keine Ersparnisse haben und unter wirklich unmenschlichen Bedingungen in den Slums leben oder auf der Straße schlafen, fast unmöglich.

In Ecuador leben 45 Prozent der Haushalte in minderwertigen Häusern, die mit unzureichenden Materialien gebaut wurden, die nicht über minimale sanitäre Einrichtungen verfügen und überbelegt sind. Wie kann man ein angemessenes Hygieneverhalten fordern, wenn kein Trinkwasser vorhanden ist? Wie kann man erwarten, dass Bildung oder Telearbeit funktionieren, wenn 60 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zum Internet haben und nicht einmal über einen Computer verfügen? Wie kann man verlangen, dass die Senior*innen zu Hause bleiben, wenn diese alleine und ohne soziale Absicherung leben?

Noch komplexer ist die Situation in einer Millionenstadt wie Guayaquil, in der das Klima zu dieser Jahreszeit wegen der hohen Temperaturen und anderer damit einhergehender Belastungen besonders hart ist. Es ist eine Stadt, die wie eine Maschine funktioniert, die Ungleichheiten erzeugt, auf deren soziale Herausforderungen die kommunalen Behörden aber nur mit philanthropisch-neoliberalen Antworten reagieren.

Insgesamt haben 60 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Ecuadors, rund fünf Millionen

Menschen, keine angemessene Beschäftigung, geschweige denn Ersparnisse. Das bedeutet, dass die meisten Menschen von einem Tag zum nächsten leben. Die Pandemie enthüllt somit auf brutale Weise die Realität sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit, sie führt aber auch zu einer Zunahme von Armut.

Die Risiken, das (Hinter-)Land zu vernachlässigen

Es gibt auch die andere Säule der Gesundheit: die Lebensmittelproduktion. Sie wird zunehmend von der Agrarindustrie und wenigen Handelskonzernen kontrolliert: Drei Ketten dominieren 91 Prozent des Lebensmittelmarktes des Landes. Der Großteil der besten, landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und die Wasserversorgung sind auf Pflanzen ausgerichtet, die zunehmend für den Agro-Export bestimmt sind, und er ist in den Händen weniger Eigentümer*innen konzentriert.

Die Bauernschaft leidet unterdessen unter ihrer langjährigen Marginalisierung. Die Grenzen von Armut und Marginalisierung sind für sie niedriger als in den Städten, was unter indigenen Gruppen ein noch schmerzhafteres Problem darstellt. Sieben von zehn Landbewohner*innen sind heute arm.

Damit verbunden ist ein Thema, das mit großer Vorsicht behandelt werden muss. Früher konnte ein großer Teil der Bäuer*innen und insbesondere der Ureinwohner*innen autark leben und in gewisser Weise ein größeres Maß an Selbstversorgung aufrechterhalten. So konnten sie eine größere Distanz halten zu der verrückten Welt der Kapitalakkumulation, in der das Coronavirus entstanden ist.

Heute sind Bäuer*innen und Ureinwohner*innen zunehmend an die Logik des Marktes gebunden und leiden, obwohl sie Lebensmittel produzieren, unter Hunger. Unterernährung betrifft 38 Prozent der Kinder auf dem Land (40 Prozent und mehr in Gebieten der indigenen Bevölkerung), während der nationale Durchschnitt 26 Prozent beträgt. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass ihre Produkte immer öfter aus Monokulturen stammen. Sie haben viel von der Fähigkeit eingebüßt, ihren Garten mit mehreren Pflanzen zu bewirtschaften, mit denen sie ihre Ernährungs- und sogar medizinischen Bedürfnisse befriedigen können.

Auf jeden Fall scheint das (Hinter-)Land, obwohl ihm viele soziale Dienste wie die Gesundheitsversorgung vorenthalten werden, besser in der Lage zu sein, die Pandemie zu bekämpfen oder sich ihr zu stellen, als die großen urbanen Räume.

Eine Wirtschaft, die als Corona-Patient erstickt

Die Wirtschaft droht am Coronavirus zu ersticken. Es ist eine Gefahr, die durch das Fehlen eines Atemgeräts noch verstärkt wird, denn Ecuador verfügt aufgrund der Substitution der nationalen Währung durch den US-Dollar über keine eigene Geld- und Wechselkurspolitik. Die Wirtschaft hat auch keine Sauerstoffflasche parat, weil sie ohne Ersparnisse auskommen muss und durch die enormen Belastungen der Auslandsverschuldungen geschwächt ist. Sie leidet zugleich unter schwerwiegenden Problemen konjunktureller und struktureller Art: Der Ölpreis ist abgestürzt, zwei Pipelines wurden im östlichen Gebirgszug durch Erdbeben unterbrochen, der Wirtschaft fehlen produktive Transformationen. Hinzu kommt, dass die Überweisungen von Ecuadorianer*innen, die im Ausland arbeiten, zurückgehen.

Diese Diagnose verschärft sich angesichts der rezessiven Maßnahmen des IWF und des Starrsinn einer Regierung, die keine Maßnahmen akzeptiert, die kreativ, außergewöhnlich und vor allem in einem Solidaritätsschema mit sozialer und Umweltgerechtigkeit verankert sind. Das Ergebnis wird zweifellos eine wachsende Frustration und Hoffnungslosigkeit sein, vor allem in Bevölkerungsschichten, die inmitten so vieler Unsicherheiten zunehmend aufgegeben werden. Es wäre nicht verwunderlich, wenn Ecuador wieder

weltweit Schlagzeilen macht, weil in einer solchen Lage neue Aufstände geradezu vor der Tür stehen.

Aus dem Spanischen von André Seubert.

(Manuskriptabschluss: 25. April 2020, erschienen in: WeltTrends 164, Juni 2020.)

Alberto Acosta

geb. 1948, Wirtschaftswissenschaftler; 2007/2008 Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors, 2007 Minister für Energie und Bergbau. Er publiziert regelmäßig zu Fragen der Wirtschaft, der (Post-)Entwicklungs- und Umweltpolitik.

alacosta48@yahoo.com